

"Wilder" Streik als Praxis der Bürgerschaft: Arbeit und Migration in Mannheim um 1973

Bewernitz, Torsten; Diedrich, Maria

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bewernitz, T., & Diedrich, M. (2020). "Wilder" Streik als Praxis der Bürgerschaft: Arbeit und Migration in Mannheim um 1973. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 40(156), 71-84. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-91826-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Torsten Bewernitz & Maria Diedrich

„Wilder“ Streik als Praxis der Bürgerschaft Arbeit und Migration in Mannheim um 1973

Einleitung

In Mannheim gab es zu Beginn des Jahres 1973 einen Höhepunkt „wilder Streiks“, Arbeitsniederlegungen, zu denen keine Gewerkschaft offiziell aufgerufen hatte. Im Spätsommer und Herbst des Jahres breitete sich Ähnliches auch in weiten Teilen der damaligen Bundesrepublik aus. Getragen wurden diese zu einem großen Anteil von migrantischen Beschäftigten. Das Projekt „Arbeit und Migration in Mannheim“, das Ausgangspunkt dieses Beitrages ist, möchte das Zusammenspiel von Migration, Rassismus und (Lohn-)Arbeit auf lokaler Ebene in den Blick nehmen.

Hier zeigt sich, dass Rassismus, eine „Vielzahl von Praxisformen“ und ideologischen Konstruktionen, die Segregation und Hierarchisierungen rechtfertigen sollen, umfasst, Kollektive („wir“ und „die“) konstruiert (Balibar 1998: 23) und damit soziale Ausschlüsse organisiert. „In diesem Sinn war und ist jeder Rassismus immer schon eine projektive Konzeption, die soziale Differenzen, soziale Hierarchien und Herrschaftsverhältnisse affirmativ zu erklären versucht.“ (Bojadžijev 2012: 25) Dabei ist er nicht immer kolonialrassistischen oder (neo)nationalsozialistischen Charakters, muss aber nichtsdestotrotz in Deutschland vor diesem Hintergrund gesehen werden (vgl. z.B. Rommelspacher 2011: 32). Rassistische Hierarchisierungen werden u.a. durch Institutionen wie Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt oder Betriebshierarchien organisiert. Sie überschneiden sich u.a. mit Klassen- und Geschlechterverhältnissen und weisen Subjekten einen Platz in Produktion und Reproduktion zu. Arbeit ist so rassistisch, und auch geschlechtlich, konnotiert. Migrantische Auseinandersetzungen um Arbeitsbedingungen und Lohn versuchen die Grenzen dieser zugewiesenen Plätze zu überschreiten und Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen einzuklagen. Nicht nur hier sind „Flucht und Migration als gesellschaftliche Bewegungen (...) aktive soziale Praxen des Arbeitens an sozialer Ausschließung und der Partizipation an gesellschaftlich vorenthaltenen Ressourcen.“ (Bareis/Wagner 2019: 60). In den

Auseinandersetzungen werden dabei die Akteure selbst sowie die Bedingungen ihrer Kämpfe in einem Spannungsverhältnis zwischen Ausschlussprozessen, Repression und Autonomie der Migration immer wieder geschaffen und verändert (Bojadžijev 2012: 46f.). Im Lokalen zeigt sich dabei der Alltag von Migration (vgl. Alexopoulou 2016: 478).

Um auf diese Verhältnisse ein Schlaglicht werfen zu können, werden im Beitrag, nach einer Vorstellung des Projekts „Arbeit und Migration in Mannheim“, Spannungsfelder der Kämpfe um Bürgerschaft aufgezeigt und anhand des Streiks bei John Deere im Mai 1973 eine lokale Auseinandersetzung sichtbar gemacht.

„Arbeit und Migration“. Eine Spurensuche in Mannheim

In Mannheim fallen, wie an anderen Orten auch, häufig rassistische Kategorisierungen mit Fragen von Klasse, aber auch Geschlecht zusammen. Dies zeigt sich in der Sozialstruktur, sozialer Infrastruktur, ordnungspolitischen Maßnahmen und Gewaltausbrüchen wie dem versuchten Pogrom in Mannheim Schönau 1992 (vgl. Möller 2007).¹ Die Streiks zu Beginn der 1970er Jahre, lassen sich als Kämpfe um Bürgerschaft und Eigen-Sinn von Migration lesen und verstehen, so die von vielen ähnlichen Untersuchungen begründete Vorannahme (vgl. Huwer 2013, Braeg 2012, Birke 2007, Bojadžijev 2012)

Das hier Dargestellte ist als lokale Spurensuche und historische Aufarbeitung gedacht und nicht mit den Ressourcen und Ansprüchen eines wissenschaftlichen Forschungsprojektes ausgestattet.² Ziel ist es, Protagonist*innen von Arbeitskämpfen, v.a. in Betrieben zu Beginn der 1970er Jahre über Arbeitsbedingungen sprechen zu lassen und ihr Wissen und Erzählungen zunächst einfach zu dokumentieren. Interviews und Berichte von Zeitzeug*innen, so die von Ideen der Oral history inspirierte Hoffnung, können etwas beleuchten, das Alltägliche offenlegt und Geschichte(n) erfasst, die sonst wenig Eingang in Wissensproduktion finden (vgl. Niethammer 1980). Zuerst im Jahr 2014 in einem Jugendprojekt und in der

1 Ein lokales (städtisches) Bündnis leitet die „Mannheimer Erklärung für ein Zusammenleben in Vielfalt“ folgendermaßen ein: „Die Stadt Mannheim ist in ihrer über 400-jährigen Geschichte überwiegend geprägt von einem Zusammenleben im Geist der Offenheit und der Verständigung“. Man muss allerdings nicht die Zeit des Nationalsozialismus anführen, um in Frage zu stellen, ob die 400-jährige Geschichte mit obigem Zitat angemessen beschrieben ist. https://www.mannheim.de/sites/default/files/2017-09/Mannheimer%20Erkl%C3%A4rung%20f%C3%BCr%20ein%20Zusammenleben%20in%20Vielfalt_final.pdf (Letzter Zugriff 17.01.2020).

2 ?????????????

Vorbereitung des in Mannheim stattfindenden Tribunals „Wir müssen reden hadi“³ wurde die Suche nach Leuten aufgenommen, die „wilde Streiks“ zu Beginn der 1970er Jahre in Mannheim miterlebt haben und bereit wären, darüber zu berichten. Ergebnis war die Auffindung und Dokumentierung zahlreicher Quellen wie Flugblätter, Fotos, zeitgenössische Artikel und Gespräche. Bisher wurden zwei Interviews mit in Mannheim lebenden Zeitzeugen geführt. Georg⁴ war Aktiver in sozialen Bewegungen, in der Bundesrepublik geboren und sozialisiert, aus betriebsinterventionistischen Kontexten zu John Deere gegangen und Anfang der 70er Jahre Jugendvertreter der IG Metall. Aras kam 1969 aus der Türkei nach Mannheim und hat als Elektriker gearbeitet, war in Vereinen und u.a. im DGB „Ausländerausschuss“ aktiv. Beide waren lange in großen Unternehmen der Region tätig und Teil gewerkschaftlicher oder anderer Organisationen. Wichtige Quellen sind außerdem gefilmte Interviews mit so genannten „Gastarbeiter*innen“ in Mannheim, die 2006 im Film „Man lebt nicht nur von Brot allein“ der migrantischen Selbstorganisation die „Unmündigen“ veröffentlicht wurden, z.B. mit Frauen wie Zaide und Angeliki, die aus der Türkei und Griechenland in die Stadt gekommen waren. Der Ansatz des gemeinsamen Projekts ist ein sozialhistorischer, der auf die Erzählungen, Berichte und Gespräche von und mit Akteur*innen der Streiks, selbstorganisiert geleistete Arbeit von Initiativen und entsprechende Dokumente angewiesen ist.

Die Kontaktaufnahme stellte und stellt sich allerdings nicht nur aus sprachlichen und zeitlichen Gründen als schwierig dar. Warum finden wir so wenig direkten Zugang zu den Streikenden der 1970er Jahre? Die Erzählungen und Ereignisse selbst geben Hinweise darauf, wie diese Frage weiter bearbeitet werden könnte.

Mannheim – Stadt der Arbeiter*innen und die Vielfalt im Quadrat? Lokale Perspektiven auf „Gastarbeit“ und Auseinandersetzungen um Arbeit

Allein in Mannheim bestanden 1973 über 60 metallverarbeitende Betriebe. Für die frühen 1970er-Jahre konstatiert Karl Heinz Roth, im Rhein-Neckar-Gebiet

3 Das Tribunal war das zweite von inzwischen drei Tribunalen des Zusammenschlusses „NSU-Komplex auflösen“, das die Perspektive von Betroffenen von Rassismus in den Mittelpunkt rücken wollte und den Komplex von Rassismus und rechtem Terror, die den NSU-Komplex möglich gemacht haben, anklagte (www.nsu-tribunal.de).

4 Die Namen der durch uns Interviewten, Georg und Aras, sind redaktionell geändert worden.

seien „die ausländischen Arbeiter [...] am stärksten konzentriert, mit einer Fluktuationsrate von ca. 30 Prozent äußerst mobil, gleichzeitig optimal ghettoisierbar und somit je nach den Expansionsrichtungen der mechanisierten Massenproduktion leicht zu verschieben“ (Roth 1977: 223f.).

Es gibt bisher kaum Veröffentlichungen zur lokalen Geschichte von Migration (vgl. Alexopoulou 2016: 473), erst recht nicht zu migrantischen Streiks. Ein Überblick muss also kursorisch bleiben, und läuft, allein durch die fast gar nicht repräsentierte Perspektive von Frauen, Gefahr, strukturelle Ausschließungen zu verlängern. Die Interviews und das Quellenmaterial aus Mannheim legen aber Spuren für Reflexionen und werfen Schlaglichter auf zwei Spannungsfelder des Alltags: Wohnen sowie (Lohn-)Arbeit in Industriebetrieben.

Zum einen gibt es im Bereich Wohnen Konflikte um Hierarchisierungen, die als „integrierender Ausschluss“ organisiert werden. Infrastruktur ist vorgesehen für die Figur des allein stehenden Mannes, der auf Zeit und zum Arbeiten in die Stadt gekommen ist und als ‚guter Gast‘ bald wieder zu gehen hat, wie im Übrigen auch Einblicke in die restriktive Einbürgerungspraxis Mannheims nahelegen (vgl. Alexopoulou 2018: 20). „Über die Hälfte der ausländischen Arbeiter in der BRD verfügt nicht über eine eigene, abgeschlossene Wohnung, 45 % von ihnen hausen in Baracken, 20 % in werkseigenen Wohnheimen und 12 % in Firmenwohnungen. Für diese oft unzumutbaren Wohnlöcher müssen sie noch kriminell hohe Mieten bezahlen“, heißt es in einem zeitgenössischen Bericht über die Ursachen der ‚wilden‘ Streiks.⁵ Unser Gesprächspartner Aras wohnte ab ca. 1973 in Betriebs- und Männerwohnheimen – in kleinen Wohnungen mit Ölöfen. Möchte er eine Heizung und größere Wohnung, wird die ihm als „Gastarbeiter“ zugewiesene Rolle überschritten: „Später wollte ich – wie gesagt – eine Wohnung mit Heizung haben, mehr Zimmer, weil wir zwei Kinder haben, und das wurde mir dann verweigert, ‘da kommen die Ausländer nicht rein’, wurde gesagt“. Wohnungssuche auf dem freien Markt war möglich, aber schwierig, sodass gegenseitige Unterstützung bei der Organisation von Wohnraum gängige Praxis der Bearbeitung dieses Problems war, berichtet Aras. Für Frauen und/oder Kinder sind die Wohnungen der Betriebe häufig nicht vorgesehen, wie Zaide die Zeit nach ihrer Ankunft darstellt:

5 Redaktionskollektiv „express“ 1973: S. 32. Die problematische Wohnsituation von Arbeitsmigrant*innen findet sich auch heute regelmäßig. Bekannt geworden sind etwa die Wohnsituation osteuropäischer Werkvertragsnehmer bei der Papenburger Meyer-Werft oder die Bauarbeiter auf der Baustelle der „Mall of Berlin“ (vgl. Bewernitz 2014). Ein ganz allgemeines strukturelles Problem ist dies im Bereich der Fleischindustrie, vgl. Birke/Blum 2019.

„Mein Mann hatte einen jugoslawischen Freund. Der hatte eine Wohnung in der Neckarstadt⁶, die er als Wohnheim vermietete. Als er uns sah, wie wir ohne Nichts dastanden, gab er uns darin sein Zimmer. Mehr schlecht als recht haben wir inmitten von so vielen Männern gelebt. Es gab Tage, wo ich nicht aus meinem Zimmer gegangen bin.“ (Die Unmündigen e.V 2006). Räume, in denen sich Migrant*innen zum Wohnen zusammenfinden, entstehen (trotzdem) auch außerhalb der vorgesehenen Betriebsbaracken, wie z.B. in Mannheim Neckarau, nahe dem Gelände von John Deere (Interview Georg).

In den Betrieben, dem zweiten hier dargestellten Spannungsfeld der Auseinandersetzungen sind Migrant*innen Teil der (Klassenlage) Lohnarbeiter*innenschaft und Kolleg*innen, aber werden doch in Betriebshierarchien, Organisation und Konflikt oft zu den „Anderen“. Auseinandersetzungen um Arbeitsbedingungen stellen sich insofern als Fragen von sozialer Klasse dar, wie Aras berichtet, denn „mit dem Arbeitgeber hast du eigentlich immer Probleme, wenn du was machen willst“. Die Arbeitsplätze waren je nach Tätigkeit, Akkord, Schwere der körperlichen Arbeit usw. unterschiedlichen Lohngruppen zugeordnet und bezahlt. Eingruppierung, Tätigkeiten, Dauer der Betriebszugehörigkeit oder Aufenthaltstitel, die an Arbeitsplätze gebunden sind, organisieren dazu die Hierarchisierungen (vgl. Bojadžijev 2012), bei der migrantische Kolleg*innen oftmals auf den unteren Stufen landeten: „Wer an qualifizierteren Arbeitsplätzen gearbeitet hat, zumindest im Montagebereich, das waren deutsche Kollegen, die länger da waren (...) und ausländische Kollegen – ich sag jetzt mal ganz spontan auf den schlechter bezahlten Arbeitsplätzen gehalten wurden – es gab auch Ausnahmen“. schildert Georg. Angeliki, die aus Griechenland nach Mannheim gekommen war, beschreibt im Filminterview ihren Arbeitsplatz folgendermaßen: „Später wurde ich Maschinenführerin, da war diese Folienrolle, die an die Maschine angebracht werden musste, die hat 18 bis 20 Kilo gewogen. Später wurde sie auf 15 Kilo reduziert, weil sie sagen, sie sei zu schwer für die Frauen. (...) Tja, das war Rennerei, schweres Tragen, Stress und noch die Angst, die Stelle zu verlieren“ (Die Unmündigen 2006). Bei John Deere waren die wenigen Frauen v.a. für Reinigung und Administratives zuständig, es gab „[g]anz wenige (...) weniger als fünf Prozent bei den Gewerblichen“. Interessen organisierten sich in diesen Kontexten sehr unterschiedlich: In Gewerkschaften, verschiedenen interventionistischen Gruppen, informellen Zusammenschlüssen oder auch Instrumenten betrieblicher Mitbestimmung und dem Management, das in den Interviews als organisiertes Unternehmensinteresse auftaucht.

6 Die Neckarstadt ist ein bis heute stark migrantisch geprägter Stadtteil Mannheims.

Bei den migrantischen Beschäftigten konnten gegenseitige Unterstützung sowie Organisierung in Vereinen, wie z.B. einem türkischen Arbeiter- und Jugendverein, neben Mitgliedschaften in Gewerkschaften oder deutschen Parteien stehen. Auseinandersetzungen und kollektive Konfliktbearbeitung (nicht nur aber auch migrantischer Lohnabhängiger) fügten sich dabei nicht immer in institutionalisierte Formen von (linken) Betriebsgruppen, Gewerkschaften oder betrieblicher Mitbestimmung. „Fünf Mark waren uns zu wenig“ [...] „wir haben dem Arbeitgeber gesagt, wir wollen mehr Geld [...] ‘wenn ihr uns entlassen wollt, dann alle zusammen‘“ (Interview Aras). Diese direkte Forderung nach einer Lohnerhöhung beim Vorgesetzten stieß beim Gewerkschaftssekretär auf Skepsis: „So geht das in Deutschland nicht“. „Ihr dürft das so nicht machen“, ‘bei uns macht man das nicht so‘“ waren häufige Einwände. (Interview Aras) Der Eindruck von Georg – die „türkischen Kollegen waren total unorganisiert, führungslos“, die „bestorganisierten Kollegen waren die Spanier und die Griechen, Jugoslawen so gut wie nicht, die waren sehr individualistisch“ – reflektiert unterschiedliche Erfahrungen und Praktiken von Organisation (Interview Georg). In Anbetracht der Tatsache, dass zahlreiche Berichte über Unterstützung bei der Wohnungssuche, Vereinstätigkeiten, Absprachen im Betrieb bei türkischen Kollegen vorliegen und Praktiken, die sich von gewerkschaftlicher, Partei- oder K-Gruppen-Organisation unterscheiden, ist zu vermuten, dass diese Wahrnehmung auch Teil oder eines „Fremd-Machens“ ist, das sowohl von den Gastarbeiter*innen selber wie auch von deutschen Kolleg*innen und der Unternehmenshierarchie ausging und medial (insbesondere bzgl. der „Türken“) verstärkt wurde und wird. Tatsächliche Unterschiede im Organisations- und Organisationsverhalten sind multikausal aufzuschlüsseln nach jeweiligen nationalen Arbeiterbewegungs- und Gewerkschaftstraditionen, politischen Hintergründen (d.h. auch den jeweiligen politischen Regimen in den Herkunftsstaaten), dem jeweiligen Herkunftsmilieu (für viele Gastarbeiter*innen war die Gastarbeits-Erfahrung der erste, manchmal auch der letzte, Kontakt mit abhängiger Lohnarbeit im Betrieb) und der familiären Situation.⁷

Sind migrantische Beschäftigte die „Fremden“ oder die „Anderen“, werden sie im Betrieb dazu mit offenem Rassismus konfrontiert, bis hin zum Vernichtungswunsch, wie Angeliki berichtet „Trotzdem sagten wir manchmal: ‘Hoffentlich verarbeiten die uns nicht zu Seife!’ (...) Weil einmal hatte eine [deutsche, T.B./M.D.]

7 Nur wenig untersucht ist bisher die Situation und Kommunikation von Gastarbeiter*innen in Deutschland mit der im Herkunftsland verbliebenen Familie sowie deren Situation „zu Hause“, vor allem bzgl. der Ehefrauen.

Frau zu einer anderen gesagt ‘Wir werden die Ausländer zu Zwieback verarbeiten, um die Hunde damit zu füttern!’“ (Die Unmündigen 2006). Punktuell versuchten auch Neonazis in Betrieben Fuß zu fassen. So berichtet Georg von einem Vertrauensmann der IG Metall, der in den 1980er Jahren in der Gießerei von John Deere Hitlerköpfe goss und verkaufte. Eine Intervention in dem international vernetzten Konzern mit Sorge um sein Image beendete diese Geschäfte.

In diesen Kontexten entstand also die Welle der sogenannten „Gastarbeiterstreiks“ in den frühen 1970er Jahren bzw. insbesondere im Jahr 1973, dem gleichen Jahr, in dem die Bundesrepublik im November den Anwerbestopp verfügte. Dort wurde dann eine Form von Kämpfen um Bürgerschaft, Teilhabe und Partizipation sichtbar, die eine Verquickung von Migration und Arbeit als Grundlage hatte und entsprechend soziale Bewegungen inspirierte. Die Streiks, die in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, waren allerdings nur die Spitze des Eisbergs. Von Ausnahmen abgesehen, erreichten sie meist nicht die angestrebten Forderungen. Sie waren auch in Mannheim oftmals nur Ereignisse von Stunden oder weniger und bezogen sich nicht selten nur auf einen Punkt von Unzufriedenheit.⁸

Die Ausstände im Rhein-Neckar-Raum 1973⁹

Der frühe Zeitpunkt der regionalen Streikwelle im Mai 1973 unterscheidet sie von den bundesweit bekannten, oben genannten Streiks im Spätsommer und Frühherbst desselben Jahres. Des Weiteren war mit Ausständen in 29 Metallbetrieben allein im Mai 1973 die Zahl der „wilden“ Streiks hier außergewöhnlich hoch (Redaktionskollektiv „express“ 1974: 129).

Die „wilde“ Streikwelle des Mai 1973 erfasste im Rhein-Neckar-Raum in erster Linie die Metallindustrie. Die Initialzündung 1973 in Mannheim war der Streik von 60 Turbinenspindeldrehern bei Brown, Boverie & Cie. (BBC) am 7. Mai des Jahres. Die Vertrauensleute der Turbinenspindeldreherei hatten schon vor dem aktuellen Tarifabschluss Forderungen festgelegt, die teilweise über die Forderungen

8 Dabei ist auch festzuhalten: Je punktueller, kürzer und von der Öffentlichkeit unmerkter ein solcher Streik stattfand oder -findet, desto wahrscheinlicher war/ist er erfolgreich: Die punktuelle Forderung ist für das Unternehmen vermutlich einfacher zu erfüllen, die Kürze zeugt von der Durchsetzungsfähigkeit und die fehlende Öffentlichkeit ist in der Regel eine fehlende Skandalisierung. Öffentlich wahrgenommen wurden lediglich die „großen“ Streiks bei Ford Köln, Pierburg Neuss oder auch John Deere Mannheim.

9 Der folgende, weitgehend chronologisch beschreibende, Abschnitt basiert auf den Beiträgen Bewernitz 2014 und Bewernitz 2016.

der zuständigen Gewerkschaft IG Metall hinausgingen: „Sockelbetrag in Mark und Pfennig, Ausgleich der letzten Lohnverluste, kurze Laufzeit der Tarifverträge und Beseitigung der Leichtlohngruppen“ (Arbeitskreis Mannheimer Kommunisten 1973: 61). Wie fast überall in diesem Jahr waren die Leichtlohngruppen, die Lohnhöhe und die Akkorde Auslöser auch dieses spontanen Ausstands. Der Streik dauerte einen Tag – von 9.00 bis 18.00 Uhr – und erbrachte eine Erhöhung des Stundenlohns um 10 bis 20 Pfennig. Am gleichen und in den nächsten Tagen traten weitere Betriebe in den Streik.

Auch wenn die Auflistung der Gesamtzahl der Streiks unvollständig bleiben muss, lassen die vorliegenden Zahlen sehr deutlich auf eine quantitative Eskalation der Streiks am 18. Mai schließen. Auf diese folgte in der Woche darauf, teilweise lediglich durch ein Wochenende getrennt, die regionale Welle der langen und intensiven Streiks mit wesentlich höheren Beteiligtenzahlen: bei den Vereinigten Flugtechnischen Werken (VFW) Speyer ab dem 25. Mai mit 1.350 Streikenden, bei dem Landmaschinenhersteller International Harvester Heidelberg vom 24. Mai bis zum 1. Juni mit 600 Streikenden und vor allem bei dem Mannheimer Unternehmen John Deere vom 22. bis zum 29. Mai mit 2.500 Beteiligten, dem am meisten beachteten Streik der regionalen Welle. Der Streik bei dem Weltmarktführer in Landarbeit-Technik ist der einzige der regionalen Streiks von 1973, der in der Forschung wie auch in der zeitgenössischen Bewegungsliteratur Widerhall gefunden hat.

Insbesondere unter den migrantischen Beschäftigten – der Hälfte der Belegschaft – hatte der Betrieb in aller Heimlichkeit durch erhöhte Bandgeschwindigkeiten und fehlende Arbeitszeitkarten den Akkord verdoppelt und damit die Arbeitsproduktivität in der Zeit unmittelbar vor dem Streik um 100 Prozent gesteigert, wie „nämlich die Überprüfung des Akkordsystems“ in der Woche vor dem Streik ergeben hatte. „Daß vielmehr für manche Arbeiten nur die Hälfte der aufgewendeten Zeit bezahlt wird. Und obwohl es offen auf der Hand liegt, daß das Fehlen der Arbeitszeitkarten ein Verstoß gegen den Tarifvertrag darstellt“ (Köhler 1974: S. 143). Gegen die heimliche Akkorderhöhung sprachen sich am 15. Mai die Vertrauensleute der IG Metall auf einer Tagung aus und beschlossen Forderungen und Protestaktionen. Vorgesehen war eine Verweigerung der Überstunden für den 22. Mai. Bis zum 24. Mai entwickelte sich darauf eine nicht mehr unter der Kontrolle der Gewerkschaften stehende Streikbewegung mit Demonstrationen durchs Werk und seine verschiedenen Bereiche, wiederkehrendem Austausch und Verhandlungen zwischen Management, Gewerkschaften und Streikenden, in denen war für „die deutschen Kollegen (...) eher die Frage der Höhergruppierung wichtig, für die ausländischen Kollegen tendenziell eher die Bandgeschwindig-

keit“ laut Georg. Zwar übergab der Betriebsrat die Forderungen, doch erklärte Walter Spagerer, zu dieser Zeit erster Bevollmächtigter der IG Metall Mannheim, „der Deere Betriebsrat vertrete die aufgestellten Forderungen von 70 Pfennigen Stundenloohnerhöhung und Gehaltserhöhungen von 120 Mark pro Monat nicht, er ‘überbringe’ sie lediglich der Geschäftsleitung“ (o.V. Mannheimer Morgen, 26.5.1973. 19).¹⁰ Am 26. und 27. Mai eskalierte die Situation durch die Anwendung direkter Gewalt durch Streikbrecher und den Medien zufolge auch durch die Streikenden selber sowie durch Aussperrungen bzw. Zwangsbeurlaubungen von Lehrlingen. Karl Heinz Roth hat diese Eskalation von unternehmerischer Seite einerseits mit der Werkschutztradition seit dem Nationalsozialismus erklärt, sieht sie andererseits aber auch als „Probe“ für die Eskalation bei nachfolgenden „wilden“ Streiks – allen voran dem Streik bei Ford Köln im August 1973.

Anders als noch bei den ersten Ausständen – die Delegiertenversammlung der IG Metall hatte sich z.B. in einem Flugblatt mit dem Streik bei BBC solidarisiert – distanzieren sich IG Metall und Betriebsrat im Falle John Deere deutlich, vor allem angesichts der Vorwürfe an die Streikenden bezüglich von Gewaltakten, von dem Ausstand, der zudem als von politischen Organisationen initiiert galt. Die Kritik einer gewalttätigen Eskalation wurde aber auch von Streikenden und Streik-Solidarischen an Werkschutz und Streikbrecher vorgetragen.

Rassismus im Betrieb – das Beispiel John Deere

Oben angesprochene rassistische Bilder migrantischer Kollegen als die „Anderen“ sind Teil von Hierarchisierung im Betrieb und das Anfachen von Lohn- und Arbeitsplatzkonkurrenz vor und im Streik: „Die Mehrheit der migrantischen Kollegen hat eher an gering qualifizierten Arbeitsplätzen gearbeitet, das sagt allerdings relativ wenig aus über tatsächliche Unterschiede im Qualifikationsgrad, weil auch der große Teil der deutschen Beschäftigten in der Produktion keine abgeschlossene Berufsausbildung hatte“, so Georg im Gespräch.

Während des Streiks werden diese Verhältnisse um die Verbreitung weiterer rassistische Stereotype erweitert. Es kursieren, auch in der Lokalpresse, Vorstellungen und Bilder gewalttätiger „Gastarbeiter“: Die Bedrohung eines deutschen Kollegen durch einen ausländischen Streikenden mit einem Messer entpuppt sich in der Darstellung von Georg als zufällig in der Hand befindliches Brotmes-

10 Betont werden muss in diesem Kontext aber auch, dass sich die IG Metall nach Beendigung des Streiks recht erfolgreich gegen Entlassungen und Repressalien gegenüber Streikenden einsetzte.

ser. Die Gesamtsituation ist allerdings kritisch: Ein (migrantischer) Streikender wird „von einem Idioten unter deutschen Kollegen“ animiert, im Rahmen einer Streikaktion die angeheizten Öfen abrupt abzuschalten, statt sie wie notwendig herunterzufahren, damit sie nicht kaputt gehen. „So ‘ne Situation der Schwäche wurde dann vom Management ausgenutzt, die haben ‘ne ganze Reihe deutsche Kollegen – in Anführungszeichen – auf ihre Seite gezogen und haben gesagt wir müssen unsere deutschen Maschinen verteidigen und die bösen Ausländer, so ...“

Dieser Ton dominiert Medien und offizielle Verlautbarungen, die Situation eskaliert mehrfach. „Einzelne Ausländer wurden herausgegriffen, verprügelt und durchs Werksgelände gejagt. (...) Anschließend beschimpfte die Direktion die Streikenden als Anarchisten, Ausländermob, Kommunisten usw.“ (Roth 1977: S. 68). „‘Alte Betriebsräte, die schon seit Jahrzehnten im Werk sind, sagten nachher ganz blaß, es war wie 1933‘ Der Streik war nach einem genau ausgearbeiteten Plan zerschlagen worden“ (Ebd.: S. 8).

„Von Anfang an versuchte die Geschäftsleitung, deutsche und ausländische Arbeiter zu spalten, indem sie den ersteren Urlaub gab und ihnen riet, wegen ‘randalierender Haufen von ausländischen Arbeitern’ sich nicht im Werk aufzuhalten. Grundlage dieser Taktik war einmal die größere Kampfbereitschaft der ausländischen Kollegen [die auch Georg im Interview bestätigt, T.B/M.D], (...) zum anderen einige Auseinandersetzungen mit Streikbrechern, die, von der Geschäftsleitung zu unerhörten Gewalttaten aufgebläht, von der völlig unkritischen Presse begierig aufgenommen wurden (sogar die Bild-Zeitung schaltete sich ein). Trotzdem blieb die Solidarität der Streikenden im Wesentlichen erhalten.“ berichtet Heinrich Weikart seinerzeit im *express* (6/1973: 6).

„Wilder Streik“ – und dann?

Nach diesen Eskalationen wurde der Streik bei John Deere zumeist als Niederlage beurteilt, danach herrschte „Friedhofsruhe“ im Betrieb (Interview Georg).¹¹ Mögen ökonomische Forderungen wie die Teuerungszulage – die dann Ende 1973 z.B. in den Tarifverhandlungen um den baden-württembergischen Manteltarifvertrag in die institutionalisierte Arbeiterbewegung (Gewerkschaften und

11 Eine bemerkenswerte Ausnahme ist die Beurteilung des Ford-Streiks von Lotta Continua, die auf John Deere übertragbar wäre: „Die Ebene des Zusammenstoßes zwischen Arbeiterklasse und Kapitalismus (...) erweist sich für diese Phase als die fortgeschrittenste: (...) Deshalb weisen wir auch all jene Interpretationen zurück, die im Fordstreik eine Niederlage sehen“ (Lotta Continua 1974: 69). Es folgt eine ausführliche Begründung, der Bezug zur migrantischen Arbeitskraft findet sich auf den Seiten 76f.

Parteien) aufgenommen werden – auch Auslöser vieler Streiks gewesen sein und vor allem für ihre Stabilität und Ausbreitung gesorgt haben, Teil der Streikwelle war der Kampf um die Teilhabe am Arbeitsplatz.¹²

Die Bedingungen dieser Auseinandersetzungen und die Konflikte selbst änderten sich in der Folge: Migration, Arbeitsverhältnisse und auch rassistische Konjunkturen wandelten sich nach 1973. Nach dem Anwerbestopp 1973 wurde Regulierung von Migration durch Regime von „Gastarbeit“ beendet und bis zu Beginn der 1990er v.a. über Asylrecht und Familienzusammenführung organisiert. Als das Asylrecht mit der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl im Jahr 1993 (Einführung von GG Art. 16a, Abs.2; der sog. „Asylkompromiss“) keine Einreisegrundlage mehr bot, gewannen illegalisierte Einreisepraktiken an Bedeutung (vgl. Bojadžijev 2012: 148); wie mit dem Ende des Warschauer Pakts Migration aus Mittel- und Osteuropa sowie Einbürgerung von sogenannten Russlanddeutschen; mit den Jugoslawienkriegen der 1990er Jahre die Flucht vor allem aus dieser Region .

Neben dem Umbau wohlfahrtsstaatlicher Umverteilung veränderten sich nach der Krise 1973 zudem Bedingungen und Formen von Lohnarbeit selbst, Produktionsprozesse wurden reorganisiert (vgl. Resch/Steinert 2009: 273ff.). Fragmentierung von Arbeitsprozessen und zunehmende Individualisierung von Risiken wie Arbeitslosigkeit sind Teile dieser Entwicklung, die seit dem Ende des Regimes der „Gastarbeit“ fortschreitet.

Die Bedingungen für Menschen mit Migrationsgeschichte in der dritten Generation in den Betrieben der Region haben sich gewandelt, spezifische Ökonomien – wie kleine Läden, Gastronomien – bildeten sich heraus. Rassismus greift diese Realitäten der Migrationsgesellschaft an, verändert sich und eskaliert in

12 Und zwar, wie zu betonen ist, unter erschwerten Bedingungen, denn die wilden Streiks galten als illegal, somit eine Straftat und konnte eben nicht nur zum Verlust des Arbeitsplatzes, sondern auch zum Verlust der Aufenthaltserlaubnis führen – selbst wenn nicht, war oftmals auch die Wohngelegenheit an den Arbeitsplatz gebunden. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hatte dementsprechend schon 1971/71 vor „Ausländerstreiks“ als einer Form des Terrorismus gewarnt. Es stimmt insofern nicht, dass die ausländischen Arbeiter*innen „nichts zu verlieren haben, außer ihren Ketten“, wie die Gruppe Lotta Continua behauptet. Allerdings wird diese reelle Gefahr offenbar nicht sehr groß eingeschätzt, wie Georg im Interview erklärt: Der „Druck war nicht sonderlich groß, [die] haben bei anderen Betrieben angefangen [...] Sie mussten ja oft nur die Straßenseite wechseln“, kurz: die Vollbeschäftigung schützte die Streikenden. Migrantische Beschäftigte berichten aber durchaus von Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes.

den 1990er Jahren zu vorzeitigen Höhepunkten wie dem versuchten Pogrom in Mannheim Schönau 1992 (vgl. Möller 2007), einem Erstarren neonazistischer Strukturen und rechten Terrornetzwerken (vgl. Virchow 2016). In diesen Konstellationen werden unterschiedliche Praktiken um Bürgerschaft sichtbar, die die Stadt und ihr Bild formen, im lokalen Selbstverständnis allerdings weniger präsent sind oder als „Vielfalt im Quadrat“ im Stadtmarketing verarbeitet werden.

Warum nun die Phase der „wilden Streiks“ und „Gastarbeit“ in der Öffentlichkeit nur wenig erinnert wird – und die rassistisch hierarchisierende Konstruktion vom „Gastarbeiter“ als ökonomische Manövriermasse dieser Zeit für die deutsche Öffentlichkeit nur wenig Widerspruch erntet – benötigt weitere Recherchen. Hinweise geben Interviews, Beobachtungen und ein Blick auf oben angerissene Transformationsprozesse. Velerorts gingen Migrant*innen, die vorher in Betrieben gearbeitet hatten, in die Selbstständigkeit, eröffneten Geschäfte, andere verließen die Bundesrepublik wieder. Die Selbstermächtigung und aktive Bürgerschaft wurde damit in dem Zusammenhang mit einer Identität als „Gastarbeiter*in“ (oder auch „multinationaler Arbeiterklasse“) zu einer Episode, zumal diese oft nur kurzfristige Identität durch Remigration, Weitemigration, Nachzug (d.h. Wandel der familiären Verhältnisse und ihrer ökonomischen Grundlage) gebrochen oder transformiert wurde.

Ein kurzer „wilder“ Streik, so ist hinzuzufügen, war in der damaligen Zeit und vor allem im Rhein-Neckar-Raum, nicht sehr besonders. Abgesehen von den Streiks bei John Deere und International Harvester in Heidelberg dauerten viele dieser Streiks nur wenige Stunden und waren in einigen Betrieben, wie der damalige Betriebsrat von Mercedes-Benz in Mannheim, Erwin Bürckmann, berichtet, an der Tagesordnung (vgl. Bewernitz 2014: 132). Bei vielen Kurzgesprächen im Rahmen der Recherchen für die Voruntersuchungen (vgl. Bewernitz 2014/2016) wurde deutlich, dass die „wilden Streiks“ 1973 in der Erinnerung von Gewerkschafts- und linken Aktivist*innen mit den IG Metall-Lohnrunden 1971 und Ende 1973 sowie in Einzelfällen auch mit den „Septemberstreiks“ 1969 (obgleich diese regional gar keine Rolle spielten) vermischt werden. Als Streiks jenseits des deutschen Arbeitsrechts wurden und werden sie teilweise auch in einer „proletarischen Gegenöffentlichkeit“ (einschließlich deren migrantischer Ausprägung) gar nicht als Streiks erinnert. Es ist in diesem Sinne nicht zuletzt auch die stark institutionalisierte und regulierte Form der Arbeiterbewegung in Deutschland, die hier diskursive Räume der kollektiven Erinnerung verschließt.

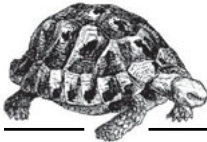
Literatur

- Alexopoulou, Maria 2016: Vom Nationalen zum Lokalen und zurück? Zur Geschichtsschreibung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland, in: Archiv für Sozialgeschichte, 56, S. 463-484
- 2018: Rassismus als Kontinuitätslinie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, APuZ, Jg. 68, S. 18-24
- Arbeitskreis Mannheimer Kommunisten 1973: Materialien zur Entwicklung der Klassenkämpfe im Rhein-Neckar-Raum und der Streik bei John Deere, in: Harald Wieser (Hrsg.): 1973: Jahrbuch zum Klassenkampf 1973. Sozialistische Initiativen im kapitalistischen Deutschland, Berlin. S. 48-72
- Balibar, Étienne 1998: Gibt es einen Neo-Rassismus, in: ders.; Wallerstein, Immanuel (Hrsg.): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg, S. 23-38
- Bareis, Ellen; Wagner, Thomas 2019: Umkämpfte Arbeit am Gemeinwesen. Praxen der Migration und Praxen der Sozialen Arbeit: eine Verhältnisbestimmung, in: Resch, Christine; Wagner, Thomas (Hrsg.): Migration als soziale Praxis, Münster, S. 56-74
- Bewernitz, Torsten 2014: „Gemeinsamer Feind – Gemeinsamer Kampf“. Die spontanen Streiks der GastarbeiterInnen im Rhein-Neckar-Gebiet 1973, in: FAU Mannheim (Hrsg.): Mannheims „andere“ Arbeiterbewegung. Beispiele eines lokale Arbeiterradikalismus, Lich/Hessen, S. 124-151
- 2016: „Terror der ausländischen Arbeiter“. Die „wilden“ Streiks im Rhein-Neckar-Gebiet im Mai 1973. In: Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien. Heft 2016/1. S. 63-72
- Birke, Peter 2007: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark, Frankfurt a.M.
- Bojadžijev, Manuela 2012: Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration, Münster
- Braeg, Dieter 2012: „Wilder Streik – das ist Revolution.“ Der Streik der Arbeiterinnen bei Pierburg in Neuss 1973. Berlin
- „Die Unmündigen“ 2006: „Man lebt nicht nur von Brot allein“. Dokumentarfilm (2006), „Die Unmündigen“ e.V (2006): Mannheim
- Huwer 2013: „Gastarbeiter“ im Streik. Die Arbeitsniederlegung bei Ford Köln im August 1973. Köln
- Interview Aras, 11.03.2019
- Interview Georg, 09.04.2019 (Teil I), 05.11.2019 (Teil II)
- Köhler, Ursula 1974: Streik bei John Deere, Mannheim, in: Werkkreis Literatur der Arbeitswelt (Hrsg.) 1974: Dieser Betrieb wird bestreikt. Frankfurt a.M. S.142-151
- Lotta Continua 1974: Arbeiterautonomie in Westdeutschland. Erlangen/Gaiganz
- Möller, Matthias 2007: Ein recht direktes Völkchen?: Mannheim-Schönau und die Darstellung kollektiver Gewalt gegen Flüchtlinge. Grafenau
- Niethammer, Lutz 1980: Einführung, in: ders. (Hrsg.): Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der „Oral History“, Frankfurt a.M., S. 7-26

- o.V. 1973: Zwei Verletzte beim Deere-Streik. Verhandlungen jetzt auf dem Nullpunkt, Mannheimer Morgen, 26.5.1973. S. 19
- Resch, Christine; Steinert, Heinz 2009: Kapitalismus. Porträt einer Produktionsweise, Münster
- Redaktionskollektiv „express“ 1974: Spontane Streiks 1973 – Krise der Gewerkschaftspolitik. Offenbach
- Rommelspacher, Birgit 2011: Was ist eigentlich Rassismus, in: Melter, Claus; Mecheril, Paul (Hrsg.): Rassismuskritik. Band 1. Rassismustheorie und -forschung, Schwalbach/Taunus, S. 25-38
- Roth, Karl Heinz 1977: Die „andere“ Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland, München
- Virchow, Fabian 2016: Nicht nur der NSU – Eine kleine Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland, Erfurt
- Weikart, Heinrich 1973: Streik für Teuerungszulage bei John Deere in Mannheim. In: express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit 6/1973. S. 6

Torsten Bewernitz, E-Mail: torsten.bewernitz@uni-muenster.de

Maria Diedrich, E-Mail: maria.diedrich@hwg-lu.de

express ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT		Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT www.express-afp.info express-afp@online.de Tel. (069) 67 99 84	Probieren?! Kostenfreies Exemplar per eMail oder Telefon bestellen
	Ausgabe 4-5/20 u.a.:		
<ul style="list-style-type: none"> • Solidarisch gegen Corona / Fever: »Corona-Partys des Kapitals« – Die Zustände in der Fleischindustrie • Roman Waldheim: »Die Krise macht's möglich...« – ... zur Aussetzung des Arbeitszeitgesetzes • Hermann Bueren: »Das Agile Unternehmen – Arbeiten in Echtzeit« – Kritik des Leitbilds aus der Perspektive der Beschäftigten • Toni Richter: »Autos kaufen, Autos kaufen, Autos kaufen...« – PR-strategische Verrenkungen der IG Metall • »Strawberry Fields forever« – ErntehelferInnen in Bornheim (Bonn) im spontanen Ausstand • Heiko Bolldorf: »Corona und Brot in Kroatien« – Angriffe auf die Situation der Beschäftigten 			